
Der europäische Aufbau in der Krise

ALAIN BIHR

Seit dem Ausbruch der Staatsschuldenkrise in Europa im Frühjahr 2010 bietet die Europäische Union (EU) ein jämmerliches und zugleich komisches Bild der kollektiven Ohnmacht – von Gipfel zu Gipfel hastend in Verfolgung der «letzten Chance», noch zu einem Rettungspakt zu kommen, das doch, kaum, dass es beschlossen, schon wieder Makulatur ist. Diese Ohnmacht hat sicher mit den Widersprüchen zu tun, die das «europäische Projekt» von Anbeginn an begleiten. Jenseits davon veranschaulicht sie aber auch die Schwierigkeiten im Aufbau eines kontinentalen Staates, für den die EU eine Art Prototyp ist. Dies soll hier im Weiteren analysiert werden.

Vom Nationalstaat zum Kontinentalstaat

Die widersprüchliche Eigenheit des Kapitalismus besteht darin, dass er die Tendenz hat, seine Produktionsweise auszudehnen und unterschiedliche Gegebenheiten seinen Erfordernissen unterzuordnen, während er sich zugleich und ständig in eine Vielzahl von Staaten aufspaltet. Jeder von ihnen bildet tendenziell einen Binnenmarkt, d. h. einen autonomen Raum der Vergesellschaftung der Arbeit, der Herstellung der allgemeinen Reproduktionsbedingungen des Kapitals und der Kämpfe, Kompromisse und Bündnisse zwischen den sozialen Klassen, die jeweils zu einem spezifischen sozialen Block führen. Das alles fügt sich jedesmal zu einem eigenen Staatsapparat, der innerhalb dieses Raums souverän ist, mehr oder weniger gut die Interessen des sozialen Blocks verteidigt und darüber hinaus die Besonderheiten seiner Bevölkerung, seines Territoriums, seiner Geschichte, Kultur usw. in Rivalität zu anderen sozialen Blöcken verteidigt, die mit konkurrierenden räumlich-sozialen Kapitalfraktionen verbunden sind (Bihr 2006: Vorwort).

Im Laufe seiner geschichtlichen Entwicklung, seiner räumlichen Ausdehnung und seines zunehmenden Einflusses auf die Gestaltung der sozialen Beziehungen nahm diese politische Besonderheit des Kapitalismus nacheinander verschiedene Formen an. An die Stelle vieler von Händlern dominierter Stadtstaaten, die sich ergänzten, aber auch in Konkurrenz zueinander standen und die historische Wiege der kapitalistischen Produktionsbedingungen darstellten, trat nach und nach eine unbeständige Hierarchie von Nationalstaaten, die vom doppelten Grundsatz des Gleichgewichts der Mächte und der hegemonialen Vormacht geleitet wurden – sie prägte die Phase des Aufstiegs des Kapitalismus mindestens seit der Mitte des 17. Jahrhunderts (Wallerstein 2002).

Das Konzept des Fordismus, das in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts entstand – paradoxerweise zum selben Zeitpunkt als sein Gegenstand in die Krise geriet –, beschrieb und analysierte das System der Reproduktion der kapitalistischen Produktionsbeziehungen in den kapitalistischen Zentren (Nordamerika, Westeuropa, Japan, Australien, Neu-

seeland) als Antwort auf die Strukturkrise der 30er Jahre. Dieses Systems basierte auf einem Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit, vermittelt durch Staat, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden. Dadurch führte es zu einer wachsenden Intervention der Nationalstaaten in alle Bereiche und auf allen Ebenen der gesellschaftlichen Praxis, auch jenseits der Regulierung des Wirtschaftszyklus. In dieser Hinsicht hat das fordistische System den säkularen Prozess des Aufbaus von Nationalstaaten vollendet. Diese Phase der Weltgeschichte des Kapitalismus kann deshalb als Höhepunkt des Systems der Nationalstaaten gelten, auch weil sie zusammenfällt mit einer Universalisierung des Nationalstaatsmodells – durch die Erringung der politischen Unabhängigkeit der alten Kolonien bzw. durch die Gründung der sog. sozialistischen Staaten.

Der Höhepunkt geht dem Niedergang nicht nur voran, er bereitet ihn auch vor. In der fordistischen Phase wurden die Mittel akkumuliert, die dem Kapital später erlaubten, die Grenzen der nationalen Märkte zu überwinden, und die staatlichen Regulationsmechanismen einer Akkumulation im nationalstaatlichen Rahmen wirkungslos, wenn nicht gar konterproduktiv machten. Damit wurde der Weg bereitet für den Bruch, der mit dem Beginn der (bis heute anhaltenden) Strukturkrise des Kapitalismus in den 1970er Jahren einsetzte.

Die hier entwickelte These lautet: Begünstigt durch die Krise wird die *internationale* Form des Staatensystems ersetzt durch eine *transnationale* Form. Die unpassend und vage als Globalisierung bezeichnete, aktuelle Phase der weltweiten Entwicklung des Kapitalismus ist in Wirklichkeit eine *Transnationalisierung* – eine Bewegung, die durch die Nationalstaaten hindurch geht, sie von unten wie von oben sprengt und deshalb dazu tendiert, sie zu zerstören oder zumindest als vorherrschende und exklusive Staatsform abzulösen. Kurzum, wir erleben gerade die Scheidung des jahrhundertealten Paares Staat–Nation und die Herausbildung vielfältiger Staatsapparate – auf supranationaler, infranationaler wie nationaler Ebene (vgl. Bihr 2000, 2007).

Auf *supranationaler* Ebene bilden sich tendenziell kontinentale Staatensysteme heraus, zugunsten derer Nationalstaaten einen Teil ihrer Souveränität aufgeben.* Ein solches Staatensystem geht über bilaterale oder multilaterale Freihandelsabkommen wie die NAFTA-Verträge, die 1994 in Kanada, den USA und Mexiko in Kraft traten, oder eine einfache Zollunion wie Mercosur hinaus. Es beschränkt sich auch nicht auf eine mehr oder weniger formelle regionale Integration, wie sie sich seit drei Jahrzehnten in Südostasien im Rahmen der ASEAN herausgebildet hat. Alle diese jüngeren Entwicklungen sind Vorboten für etwas anderes. Ein kontinentales Staatensystem, wie ich es verstehe, stellt nicht nur einen integrierten Wirtschaftsraum dar, in dem Waren und Kapital frei zirkulieren und sich dabei gegenseitig Konkurrenz machen können. Es bildet darüber hinaus einen institutionell vereinheitlichten Raum mit einem gemeinsamen Regelwerk für die Zirkulation und die Konkurrenz, mit dem Ziel, auf übernationaler Ebene die staatliche Souveränität über die ökonomische Sphäre wiederherzustellen, die auf nationaler Ebene nicht mehr ausgeübt werden kann, weil sie durch die Transnationalisierung des Kapitals ihre Basis verloren hat.

Die erste Bedingung, die eines integrierten Wirtschaftsraums, erfüllt die EU bereits, von der zweiten, dem institutionell vereinheitlichten Raum, ist sie noch weit entfernt. Künftig wird sich aber das, was von der Regulierung der Wirtschaft noch übrig ist, in-

nerhalb solcher im Aufbau befindlichen kontinentalen Staatensysteme abspielen. Das geschieht im Zusammenspiel mit verschiedenen transnationalen Strukturen: der Welthandelsorganisation (WTO), der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und ihrer «regionalen» Ableger, der Organisation für Wirtschaft und Zusammenarbeit (OECD), Organisationen der Vereinten Nationen usw.

Auf *infranationaler* Ebene wird die Transnationalisierung des Kapitals überall von der Stärkung peripherer Strukturen der nationalstaatlichen Apparate begleitet: den Bundesländern in Deutschland, den Regionen in Frankreich und Italien, den Gemeinden in Spanien usw., um nur europäische Beispiele zu nennen. Diesen Strukturen wurde eine bestimmte Reihe von Kompetenzen übertragen, die zuvor vom nationalen Zentralstaat ausgeübt wurden. Der Prozess geht jedoch noch weiter, weil das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben sich immer mehr in die Ballungszentren der Metropolen verlagert, also rund um eine kleine Zahl sehr großer Agglomerationen und ihrer unmittelbaren Peripherie. In dieser Richtung wirken verschiedene Faktoren: die Größenvorteile, die Konzentration der wichtigsten, für die Realisierung einer Investition erforderlichen Faktoren (Facharbeiter, Forschungs- und Entwicklungspotentiale, öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen von hoher Qualität), die Synergieeffekte zwischen verschiedenen Unternehmen sowie die Bündelung all dieser Faktoren zu einem Netzwerk, das den Informationsaustausch, Bildung, technische und wissenschaftliche Innovation, die Herausbildung einer Unternehmenskultur und einer Ethik der abstrakten Arbeit befördert – ganz abgesehen von der Größe des lokalen und regionalen Marktes.

Was vom Nationalstaat auf *nationaler* Ebene übrig bleibt, ist vor allem seine Funktion, für die Reproduktion der sozialen Klassen und der Beziehungen zwischen ihnen zu sorgen. Das ist der Hauptgrund für seinen Fortbestand. Unter den derzeitigen Bedingungen der Transnationalisierung des Kapitals und bei fortschreitender Transnationalisierung der kapitalistischen Klasse selbst (zumindest ihrer herrschenden Fraktion) erfordert die Reproduktion ihrer Herrschaft als Klasse den Erhalt der Fragmentierung und Hierarchiebildung zwischen den nationalen Proletariaten und die Begrenzung ihrer Kämpfe auf ihre jeweiligen engen, nationalen Räume.

Dieser Überrest der Nationalstaaten ist jedoch sehr brüchig geworden. Denn der Staat als Vermittler zwischen den Klassen tut sich schwer, seiner Aufgabe als Agent der Reproduktion der Klassenbeziehungen gerecht zu werden, vor allem weil ihm die materiellen und institutionellen Bedingungen für die Hegemonie der herrschenden Klasse mehr und mehr entgleiten und sich auf die supranationale oder die infranationale Ebene verlagern. Die Überreste des Nationalstaats verfügen immer weniger über die notwendigen Mittel für die Reproduktion der Klassenherrschaft.

Aus dem Gesagten folgt klar, dass der Übergang von der nationalen zur transnationalen Form des Staatensystems alles andere als «in ruhigen Bahnen» verläuft. Der Prozess wird chaotisch sein, weil von zahlreichen Widersprüchen durchzogen. Die Europäische Union ist ein Beispiel dafür.

Die inneren Widersprüche des «europäischen Aufbaus»

Nach dem Zweiten Weltkrieg, unter dem Druck der Notwendigkeit, die Industrie wieder aufzubauen und die Kapitalakkumulation wieder in Gang zu setzen (mit Hilfe der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EGKS, 1951) bildete sich der Ansatz eines europäischen Staatensystem heraus. Die Unterschrift unter die Römischen Verträge 1957 besiegelte die Errichtung eines gemeinsamen Marktes zwischen den sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG); er sollte die Akkumulationsdynamik auf fordistischer Grundlage unterstützen, war jedoch zugleich ein Eingeständnis, dass die nationalen Märkte für diese Dynamik zu klein geworden waren. Die Einführung einer Gemeinsamen Agrarpolitik (ab 1962) sollte die landwirtschaftliche Produktion ankurbeln und die EWG auf dem Nahrungsmittelsektor autark machen; der Erfolg stellt sich bald ein und es schien, dass der EWG eine rosige Zukunft winken würde. Das Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG 1952–1954) scheiterte hingegen, was vermuten ließ, dass die Europäische Gemeinschaft noch manche innere Spannung auszuhalten haben würde.

Zu diesen Spannungen zählte vor allen Dingen der klassische Konflikt zwischen nationalen Interessen. Darunter verstehen wir das Aufeinanderprallen von Interessen der sozialen Blöcke, die sich unter der Hegemonie der verschiedenen nationalen Bourgeoisien im Zuge der jeweiligen Nationalgeschichte herausgebildet haben: Klassenkämpfe innerhalb der europäischen Staaten, historische Konflikte zwischen ihnen und ihre unterschiedliche Rolle in der Weltgemeinschaft. Es wäre auch erstaunlich gewesen, anders gekommen zu sein, da doch der Kontinent fünf Jahrhunderte hindurch von Rivalitäten und Konflikten zerrissen wurde, die ihm das historische Privileg verliehen haben, die Form des Nationalstaats zu erfinden. Diese Konflikte haben in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen Höhepunkt erreicht, der die herrschenden Klassen in Europa schließlich davon überzeugte, dass sie ihren Wettstreit auf friedliche und geregelte Weise austragen müssen. Das bedeutet nicht, dass sich die Interessenkonflikte zwischen den verschiedenen Kapitalfraktionen gelegt hätten oder dass sie gar bereit wären, ohne Hintergedanken den Weg der Kooperation zu beschreiten.

Der eklatanteste Beweis dafür ist, dass eine gemeinschaftliche Industriepolitik ähnlich der Gemeinsamen Agrarpolitik fehlt: Die Kooperation zwischen den Industriellen der verschiedenen Mitgliedstaaten erst der EWG, dann der EU, blieb auf einige Leuchtturmprojekte beschränkt, von denen einige grandios scheiterten (wie die Concorde), andere, wie der Airbus, hatten beachtlichen Erfolg. Im Bereich der Automobilindustrie beispielsweise, einem Zugpferd der fordistischen Periode, gibt es nichts dem Flugzeugbau Vergleichbares; hier ziehen die Unternehmen Partnerschaften mit Konkurrenten außerhalb der EU oder außerhalb Europas vor.

Außerdem wurden auf dem Weg zur Europäischen Union sehr bald nicht nur Staaten integriert, die eine zentrale Position in der Welthierarchie einnehmen (anfänglich Deutschland, die Benelux-Länder, Frankreich, Italien, danach Großbritannien, Dänemark, Schweden, Österreich), sondern auch Staaten, die halb an der Peripherie stehen wie Irland, Griechenland, Spanien, Portugal, Finnland, und dann ein großer Teil der mittel- und osteuropäischen Staaten. Diese Ausdehnung der EU auf halbperiphere Länder

(abgesehen von der Tatsache, dass es auch innerhalb der Nationalstaaten ungleiche Entwicklungen gibt, weshalb auch in zentralen Ländern einige Regionen de facto den Status von Halbperipherien haben) hat die Kapitalakkumulation innerhalb der EU befördert und die gesellschaftliche wie die räumliche Arbeitsteilung in ihr vertieft, was die ungleiche Entwicklung wiederum vorangetrieben hat.

Diese gesellschaftlichen und räumlichen Ungleichheiten stellen jedoch ein Problem dar, wenn es darum geht, den europäischen Raum politisch zu einen und zu fördern und die verschiedenen Nationalstaaten unter dieselbe monetäre, Haushalts- und Lohn- disziplin zu zwingen – allein wegen der unterschiedlich hohen Steuereinnahmen. Die Transferzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik oder des Europäischen Regionalfonds o.ä. können diese Ungleichheiten nur bedingt ausgleichen.

Ein dritter Widerspruch ergibt sich aus den Spannungen zwischen zwei Konzeptionen des europäischen Projekts, zwei Varianten des «europäischen Aufbaus». Die eine Variante versteht Europa als autonomen Pol im Rahmen eines Kapitalismus auf dem Weg zur Transnationalisierung, als integrierten Wirtschaftsraum (mit einem Binnenmarkt und einer gemeinsamen Währung), der relativ stark auf sich selbst bezogen ist und wo der Binnenmarkt Raum für eine (nach dem keynesianisch-fordistischen Modell) selbstregulierte, vor der äußeren Konkurrenz relativ geschützte Akkumulation ist, der nach außen mittels Zoll-, Steuer- oder Tarifschranken eine gewisse Form von Protektionismus genießt. Die Gemeinsame Agrarpolitik ist ein Beispiel für dieses Modell. Auf politisch-institutioneller Ebene impliziert es eine Föderation europäischer Staaten (die Vereinigten Staaten von Europa), die wirtschaftlich, diplomatisch und selbst militärisch den anderen Weltmächten (USA, früher UdSSR, Japan, China usw.) in einer multipolaren Welt Paroli bieten kann.

Demgegenüber stand von Anfang an die Variante eines schwachen Europa gegenüber, das nicht viel mehr ist als ein Teil des Weltmarkts und die Aufgabe hat, den Austausch zwischen den europäischen Staaten und dem Rest der Welt zu liberalisieren und den «freien und unverfälschten Wettbewerb» zwischen Kapital, Menschen und Territorien innerhalb wie außerhalb der Union zu ermöglichen. In dieser Perspektive ist Europa nur ein Glied in der Kette transnationaler Institutionen wie WTO, IWF, OECD usw., die einen Rahmen für den Weltmarkt schaffen, damit er wie ein integrierter Markt funktionieren kann.

Die erste Variante lässt sich als *sozialdemokratische* bezeichnen, die zweite als *liberale*. Die erstere wurde vor allem von sozialdemokratischen Personen, Strömungen und Parteien verfochten, die zweite von liberalen. Die Christdemokraten, die dritte politische Strömung, aus der die wichtigen Vordenker und Architekten des «europäischen Aufbaus» gekommen sind, nehmen zwischen diesen beiden Konzeptionen eine mittlere Stellung ein, da sie Europa als Raum sehen, in dem eine «soziale Marktwirtschaft» herrscht, die von den Grundsätzen des Ordoliberalismus geleitet wird.

Tatsächlich hat sich die liberale Variante von Anfang an durchgesetzt, weil in den führenden Schichten Europas der 1950er und 1960er Jahre Liberale und Christdemokraten vor den Sozialdemokraten den Ton gaben. In den 1980er Jahren triumphierte sie vollends, als alle europäischen Regierungen auf den neoliberalen Kurs einschwenkten. Sie prägte daher auch die Fortsetzung des «europäischen Aufbaus» als vertiefte Wirtschafts-

integration – über die Schaffung erst eines Binnenmarkts, dann einer Währungsunion – die eine politische Integration vorbereiten und möglich machen sollte – als Föderation oder Konföderation europäischer Staaten. Der immanente Widerspruch besteht darin, dass das anvisierte Mittel, nämlich die Herstellung eines gemeinsamen Marktes, der dem «freien und unverfälschten Wettbewerb» gehorcht, das anvisierte Ziel, nämlich die Schaffung einer politischen Union mit Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und deren Bürgerinnen und Bürgern, in unerreichbare Ferne zu verschieben droht.

Ein letzter Widerspruch liegt im demokratischen Defizit des «europäischen Aufbaus». Dieser Aufbau will die demokratischen Ideale Europas verkörpern, sie sollen Rammbock gegen den Rückfall in nationalistische Barbarei und die Massenverbrechen in ihrem Gefolge sein, die den Idealen der Menschenrechte diametral entgegen stehen. Doch dieser Aufbau wurde «von oben» geschaffen, von einer Runde von Regierenden und nicht gewählten Technokraten, die über ihre Entscheidungen bestenfalls im Nachhinein Rechenschaft ablegen und die Bevölkerungen meist vor vollendete Tatsachen stellen.

Die derzeitige institutionelle Architektur der Europäischen Union trägt das demokratische Defizit wie ein Erbsünde von Anfang an mit sich herum: Die Macht konzentriert sich in den Händen der Ministerräte, der EU-Kommission und des Europäischen Gerichtshofs. Das Europäische Parlament, das seit 1979 in allgemeiner, freier und direkter Wahl gewählt wird, hat nur ein sehr beschränktes Mitentscheidungsrecht, das es sich mit der Kommission teilt, kann letztere aber nicht zur Rechenschaft ziehen. Unter dem Strich atmet der gesamte «europäische Aufbau» ein permanentes Misstrauen gegen die europäischen Bevölkerungen, das anlässlich der Ratifizierung der europäischen Verträge fast karikaturhaft zum Ausdruck kam – so bei der Ratifizierung des EU-Vertrags und des EU-Verfassungsvertrags: Dort wo die demokratischen Spielregeln Regierungen zwangen, zur Ratifizierung der Verträge ein Referendum durchzuführen, wurde mit schamlosen Methoden gearbeitet, um ein positives Votum zu erpressen, und im Falle eines negativen Ausgangs das Referendum wiederholt, bis das Volk nachgab (so in Irland beim Vertrag von Maastricht) bzw. das Ergebnis des Referendums durch einen nachgeschobenen Parlamentsbeschluss wieder aufgehoben (so in Frankreich beim EU-Verfassungsvertrag).

Das Ergebnis dieser dem europäischen Aufbau immanenten Widersprüche ist *das Fehlen, wenn nicht die Abwesenheit von Hegemonie in Europa*. Zum einen im griechischen Sinne des Wortes: Im alten Griechenland, das in eine Vielzahl rivalisierender Stadtstaaten zersplittert war, die häufig im Streit miteinander lagen, war *der* Staat hegemonial, der in der Lage war, ein Bündnis von Staaten gegen ein anderes Bündnis (oder gegen einen allen gemeinsamen Feind) zu führen und Gehorsam einzufordern, also die gemeinsamen Ziele zu formulieren und eine gemeinsame Disziplin durchzusetzen. In diesem Sinne gibt es keine oder nur wenig Hegemonie im «europäischen Aufbau», weil die Interessenkonflikte zwischen den europäischen Staaten anhalten und die verschiedenen Akteure weiterhin unterschiedliche Modellen einer Europäischen Union verfolgen.

Es fehlt an Hegemonie aber auch im Sinne Gramscis: Nach Gramsci hat in einem sozialen Block (einem dauerhaften, institutionalisierten Bündnis zwischen mehreren Klassen, Klassenfraktionen und sozialen Schichten) diejenige Klasse (oder Fraktion) die Hegemonie, die es verstanden hat, den Block um sich zu scharen und Gehorsam von anderen Klassen einzufordern – sie ist dann in der Lage, gemeinsame Ziele zu formulieren und

eine gemeinsame Disziplin durchzusetzen, indem sie deren Interessen in ihre eigenen integriert, mit ihnen verbindet, sie ihnen unterordnet, sie also führt. Auch in diesem Sinne gibt es keine oder kaum Hegemonie im «europäischen Aufbau», denn die Hegemonie der Bourgeoisie stellt sich im Wesentlichen im nationalen Rahmen her, die Integration zwischen den verschiedenen nationalen Fraktionen der Bourgeoisie aber ist unzureichend, und es fehlt eine gemeinsame Vision für den europäischen Aufbau und schließlich auch die Zustimmung der «Massen» zu ihm.

Die Auswirkungen der Strukturkrise auf den «europäischen Aufbau»

Die derzeitige Strukturkrise des Kapitalismus hat ihren Ursprung in den 1970er Jahren, als offenkundig wurde, dass das fordistische System der Reproduktion des Kapitals an seine Grenzen gestoßen war und jeder Versuch, diesen Pfad durch die traditionelle keynesianische Politik der Wirtschaftsbelebung weiter zu verfolgen, die Haushaltsdefizite nur weiter vergrößern würde, ohne andere Ergebnisse als die einer Stagflation. Nach Margret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA haben alle Regierungen der Staaten des Zentrums den neoliberalen Weg eingeschlagen. Sie haben durch Liberalisierung und Deregulierung der Märkte das Werk der fordistischen Ära aufgelöst, um die Kapitalzirkulation in jeder Hinsicht auszuweiten und zu beschleunigen – vor allem in Form von Direktinvestitionen in halbperiphere und periphere Staaten. Dadurch wurde die internationale Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen verschärft und ihre Konflikt- und Tariffähigkeit geschwächt – innerhalb wie außerhalb der Gewerkschaften.

Denselben Effekt erreichte der zeitgleiche Anstieg der Massenarbeitslosigkeit und der prekären Beschäftigung: Der Arbeitsprozess und die Inwertsetzung von Kapital wurden durchlässiger und flexibler und der Produktionsprozess so reorganisiert, dass zahlreiche Tochtergesellschaften und Subunternehmen entstanden. Das Ergebnis ließ nicht auf sich warten: In allen Staaten des kapitalistischen Zentrums ist die Profitrate, die sich in den 1970er Jahren deutlich nach unten zeigte, in den 1980er und 1990er Jahren wieder gestiegen, teils durch Wiederanstieg der Mehrwerttrate (Senkung des Anteils der Löhne an der Wertschöpfung), teils durch einen neuen Schub von Produktivitätssteigerung (Husson 2010a, 2010b).

Diese Abfolge von Krise und kapitalistischer Antwort auf die Krise hatte widersprüchliche Auswirkungen auf den «europäischen Aufbau». Zunächst einmal konnte die Strukturkrise, da sie den Übergang von einem System der Internationalisierung des Kapitals zu einem System seiner Transnationalisierung einläutete, den Aufbau eines kontinentalen Staatensystems EU nur vorantreiben. Das hat sich im Beitritt zahlreicher europäischer Staaten niedergeschlagen, die zuvor außerhalb der EU geblieben waren: Griechenland 1980, Spanien und Portugal 1985, Schweden, Finnland und Österreich 1995, eine Reihe vormals so genannter «sozialistischer Staaten» im Verlauf des Jahres 2000.

Die Aufnahme in die EU erlaubte diesen häufig kleinen und schwachen Staaten, der Gefahr, an den Rand des Weltmarkts gedrängt zu werden, zu entkommen: Sie stellten sich unter den Schutz der EU und profitierten von der wirtschaftlichen Dynamik ihrer wichtigsten Staaten (Deutschland und seine Einflusszone, Frankreich, Großbritannien, Italien) sowie der EU insgesamt. So entstand ein integrierter Wirtschaftsraum mit 500 Mil-

lionen Menschen, der im Prinzip mit den alten (USA und Japan) wie mit den neuen Konkurrenten (die Schwellenländer China, Indien, Brasilien, Indonesien usw.) gleichziehen konnte.

In diesem Kalkül steckte eine gute Portion Illusion. Denn die allgemeine Ausbreitung der neoliberalen Politik in Europa wie im Rest der Welt in den 1980er und der 1990er Jahren brachte den endgültigen Triumph der liberalen Konzeption des «europäischen Aufbaus». Seither ist der Bezug auf dessen sozialdemokratische Konzeption für die Bevölkerungen nichts als ein Köder, für die Regierenden aber nur ein Alibi. So war es in Frankreich zwischen Juni 1982 und März 1983, als die Regierung der Linksunion die europäische Währungsschlinge nicht verlassen wollte und sich lieber dem rauen neoliberalen Wind aussetzte mit der Begründung, nur die EWG ermögliche Frankreich, den wirtschaftlichen Spielraum wieder zu finden, den es auf nationaler Ebene eingebüßt oder verloren habe. Die Schneise, die die französische Linke damals in reformistische sozialdemokratische Politik schlug, konnte seither nicht mehr geschlossen werden...

Mehr noch. Im Verlauf der 1980er und 1990er Jahre hat sich die EU in eine veritable «Liberalisierungsmaschine» verwandelt: Jeder Fortschritt auf dem Weg der wirtschaftlichen und politischen Integration Europas (die Einheitsakte, die 1987 an die Stelle des Gemeinsamen Marktes den Binnenmarkt setzte; der Vertrag von Maastricht, der 1992 die Wirtschafts- und Währungsunion begründete; der Vertrag von Lissabon, der 1997 den Stabilitätspakt einführt; das Projekt eines Verfassungsvertrags von 2002 usw.) war nichts anderes als eine Gelegenheit, um den Bevölkerungen Europas bittere Portionen an neoliberaler Politik zu verabreichen. Die Regierungen taten so, als müssten sie sich den Direktiven der EU-Kommission beugen ... die sie selbst im Rahmen des Europäischen Rats ausgearbeitet und ausgehandelt hatten.

So erklären sich die Hauptkennzeichen der Entwicklung der EU in den letzten 30 Jahren:

- die Tendenz, der Erweiterung der Union Vorrang vor ihrer Vertiefung zu geben und die Augen vor der realen Lage der Beitrittskandidaten oder auch vor dem Gebaren gewisser Mitgliedstaaten zu schließen – auch um den Preis, dass die Heterogenität des wirtschaftlichen und politischen Raums der Union (vor allem das Gefälle zwischen Zentren und Halbperipherie oder Peripherie) und damit die inneren Ungleichgewichte im sozio-ökonomischen Raum EU zunahm;
- die mangelhafte Ausstattung der Institutionen der Gemeinschaft, die vor allem als institutionelle Stütze einer Wirtschaftsintegration nach neoliberaler Vorbild konzipiert sind und deshalb nur einen europäischen Proto-Staat mit einem lächerlich geringen Haushalt herausbilden, der kaum mehr als 1% des Bruttoinlandsprodukts aller Mitgliedstaaten ausmacht; dadurch sind alle Möglichkeiten, die Ungleichheiten in der Entwicklung der Union auszugleichen und aus der Union einen autonomen Pol in der Weltgemeinschaft zu machen, von vornherein begrenzt;
- der technokratische Charakter des gesamten «europäischen Aufbauprozesses», der von oben nach unten und von Regierungen geführt wird, die ihre Kompetenzen an die Kommission abgeben, die wiederum aus Beamten und Experten besteht; die Kommission steht außerhalb der Kontrolle durch die nationalen Parlamente und selbst des Europaparlaments und arbeitet eng mit dem Europäischen Gerichtshof zusammen, der uner-

bittlich über die Einhaltung der neoliberalen Richtung im «europäischen Aufbau» wacht.

Unter dem doppelten Druck der Strukturkrise des Kapitalismus und ihres neoliberalen Managements auf der einen, der europäischen Integration auf der anderen Seite hat sich drittens die Schere der Ungleichheit zwischen den Nationen und Regionen weiter geöffnet. Bei der Einführung des Euro herrschte der Glaube vor, die Währungsunion werde zu einer Konvergenz der Ökonomien der Staaten der Eurozone führen – weil der Handel sich ausweiten und beschleunigen würde, weil verschiedene Staaten über dieselbe Währung verfügten, weil sie dieselbe Geldpolitik verfolgten und derselben Haushaltsdisziplin unterlägen, weil die halbperipheren Staaten ihre Rückständigkeit allmählich aufholen könnten dank europäischer Hilfe und dank des leichten Zugangs zu Krediten auf dem Kapitalmarkt, weil sie von der Stabilität und dem Wert des Euro profitieren könnten, ohne für ein dauerhaftes Handelsbilanzdefizit gegenüber den anderen Mitgliedstaaten bestraft zu werden.

Unter dem Strich hat diese Form der europäischen Integration jedoch das Gegenteil hervorgebracht: Die Verschärfung der Konkurrenz zwischen Unternehmen, Regionen und Staaten innerhalb der EU hat die Ungleichheit der Wachstumsraten, Inflationsraten, des Realzinsniveaus und vor allem der Entwicklung zwischen den Staaten verschärft und jeden einzelnen angespornt oder gezwungen, eine «produktive Spezialisierung» zu entwickeln, um «komparative Vorteile» zu erringen. Deshalb haben sich tendenziell zwei Pole oder Blöcke in der Eurozone herausgebildet: der eine um Deutschland, sein Hinterland (die Niederlande, der flämische Teil Belgiens, Luxemburg, Österreich und die Schweiz, obwohl diese formell nicht Teil der EU ist) und seine mitteleuropäische Halbperipherie; der andere um die PIGS (Portugal, Spanien, Italien, Griechenland); Frankreich bemüht sich, in der ersten Gruppe zu bleiben, driftet aber immer stärker zur zweiten Gruppe.

All diese Prozesse wurden durch den Zerfall des «Ostblocks» und des sog. «Realsozialismus» befördert und beschleunigt. Zwei wichtige Entwicklungen seien hier angeführt:

Erstens ist der deutsche *Sonderweg* nach der Wiedervereinigung zu nennen: Ich weiche hier von der traditionellen Bedeutung des Begriffs *Sonderweg* ab, der die besondere Entwicklung der deutschen Geschichte in der modernen Zeit (von Bismarck bis Hitler) meint, und bezeichne damit die von der Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung eingeschlagene Richtung als «einsamer Reiter». Der massive Transfer von Geldern in die neuen Bundesländer hat die Bundesrepublik dazu bewogen, noch stärker als in der Vergangenheit einen Weg der Kapitalakkumulation zu verfolgen, die auf Exporterfolgen durch Lohnverzicht basiert – vor allem seit der Einführung der Agenda 2010 durch die Regierung Schröder, aber auch auf einer rigiden Haushaltspolitik im Inneren (zulasten der Gemeinden und der öffentlichen Investitionen) und einer Eroberung ausländischer Märkte (Lechevalier 2011).

Dies erfolgte im Wesentlichen zulasten der «Partner» in der europäischen Gemeinschaft: Die Handelsbilanzüberschüsse, die der Bundesrepublik erlaubt haben, ihre Haushaltsdefizite in Grenzen zu halten und zu finanzieren, sind die Kehrseite der Handelsbilanz- und Haushaltsdefizite der anderen Mitgliedstaaten, während sich die Schere zwischen den EU-Staaten weiter öffnet. Die deutsche Erfolgsstory ist ein Musterbeispiel für eine nicht kooperative Strategie, die sich auf einen auf die Spitze getriebenen Wettbewerb mit den Nachbarstaaten in Bezug auf Handel und Industrie gründet. Die europäische

Konstruktion hätte eigentlich genau dies verunmöglich sollen. Doch im Gegenteil, im Sinne der Anwendung der liberalen Optionen hat sie diese Entwicklung vorangetrieben.

Zweitens, hat die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten, die vormalig zur «sowjetischen Einflusszone» gehörten, die Heterogenität innerhalb der EU vergrößert, indem nun viel mehr halbperiphere Staaten zu ihr gehören, die ausgelagerte Industriebetriebe aufnehmen (wovon wiederum hauptsächlich die Bundesrepublik profitiert), was die Lohn- und Steuerkonkurrenz zwischen den Mitgliedstaaten verschärft.

Die Staatsschuldenkrise und der Umgang mit ihr in der EU und durch die EU

In Europa wie anderswo ist die Staatsschuldenkrise die jüngste Phase der Strukturkrise des Kapitalismus, die in den 1970er Jahren begonnen hat. Der plötzliche und scharfe Anstieg der öffentlichen Verschuldung in allen europäischen Staaten seit 2008, der einige von ihnen an den Rand des Bankrotts getrieben hat, ist einerseits Folge der Sozialisierung (Verstaatlichung) der Schulden privater Haushalte, Unternehmen und vor allem ihrer Gläubiger (der Banken, Versicherungen, Investmentfonds), andererseits Folge des Anstiegs der Staatsausgaben, um die direkten und indirekten Folgen der geplatzten Finanzblase abzuwenden, die selber ein Ergebnis der Akkumulation privater Schulden und der Spekulation auf deren Derivate im Verlauf der 2000er Jahre war. Die private Verschuldung geht ihrerseits auf eine Verzerrung in der Aufteilung des Mehrwerts zwischen Löhnen und Gewinnen zugunsten der Letzteren durch die neoliberale Politik der letzten 30 Jahre zurück (hierzu meine Beiträge in der libertär-kommunistischen Zeitschrift *A Contre Courant*, Bihr 2008a, 2008b, 2010a, 2010b, 2010c).

Hier will ich mich beschränken auf die Rolle der EU in diesem Prozess, die in ihrer jetzigen Gestalt die Verschuldung der öffentlichen Hand in einer Reihe von Mitgliedstaaten verschärft hat, wodurch auch der «europäische Aufbau» selbst in die Krise geraten ist. Zunächst gilt es, auf den immanenten Widerspruch einer ökonomisch-politischen Integration hinzuweisen, bei der Staaten (der Eurozone) eine gemeinsame Währung, aber getrennte Haushalte führen, wobei jeder Staat für seine Schulden allein verantwortlich ist (siehe Art. 125 des EU-Vertrags). Es gibt nur eine Währung, aber mehrere Emittenten von Anleihen, deren unterschiedliche Bonität die Gläubiger (die berühmten «Märkte») schnell ausfindig gemacht haben und die deshalb in dem Maße, wie die schwächeren Staaten größere Schwierigkeiten haben, ihrem Schuldendienst nachzukommen, unterschiedlich hohe Zinsen fordern.

Die Situation verschärft sich dadurch, dass die Mitgliedstaaten der Eurozone nicht mehr in der Lage sind, ihre Währung abzuwerten, um einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit auszugleichen, ihre Wirtschaft anzukurbeln und die öffentlichen Kassen (Einnahmen aus Steuern und Sozialversicherungen) wieder zu füllen. Die notwendige Anpassung können sie nur noch über eine Senkung der Preise, der Löhne und der Haushaltsausgaben vornehmen – all dies ist aber gleichbedeutend mit wirtschaftlicher Rezession, die ihrerseits die öffentlichen Schulden in die Höhe treibt, ein perfekter Teufelskreis.

Der den Maastrichtkriterien innewohnende institutionelle Zwang zur Einhaltung der Kriterien – vor allem der Grenzen für das Haushaltsdefizit und für die Schulden der öf-

fentlichen Hand, auch um den Preis einer rezessiven Politik, erleichtert den Ausbruch aus dem Teufelskreis natürlich nicht. Dasselbe kann man von der Europäischen Zentralbank (EZB) sagen. Die Zuständigkeiten, mit denen sie ausgestattet ist, verbieten ihr, gegenüber den europäischen Staaten als «lender of last resort» («Kreditgeber der letzten Zuflucht») aufzutreten – auch nicht durch Ankauf öffentlicher Anleihen (das verbietet Art. 123 des EU-Vertrags), wie dies die Federal Reserve in den USA, oder die Notenbanken in Japan und Großbritannien selbstverständlich tun – auch um den Preis, damit die Inflation anzuheizen, die ja auch dazu dient, die eigene reale Schuldenlast zu verringern.

Wenn die EU in ihrer jetzigen Gestalt also die Staatsschuldenkrise in Europa verschärft, so gilt umgekehrt, dass die wachsende Verschuldung bzw. Überschuldung einer Reihe ihrer Mitgliedstaaten (Griechenland, aber künftig sicher auch Portugal, Irland, Spanien, Italien) und die zunehmenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Staaten über Maßnahmen zur Lösung der Krise im Rahmen des bestehenden Regelwerks der EU Letztere in die Krise treibt. Daraus sind zwei Auswege möglich:

Ein Ausweg von unten würde den Zerfall der EU und ihres monetären Prunkstücks, der Eurozone, bedeuten. Er würde dazu führen, dass sich ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten bildet mit einem harten Kern um die Bundesrepublik, die Niederlande, Österreich und die Schweiz. Die Wirtschaftskonkurrenz zwischen den europäischen Staaten würde sich verschärfen, nationale Währungen würden mehrfach abgewertet, der Protektionismus auf dem Wege der Wiedereinführung der Devisenbeschränkungen und -kontrollen an den nationalen Grenzen würde zunehmen – mit allen Konsequenzen für eine Vertiefung der Rezession oder gar Depression, die das mit sich bringen würde.

Ein Ausweg von oben würde einen qualitativen Sprung in der wirtschaftlichen und politischen Integration Europas hin zu einer Föderation erfordern: d. h. gegenseitige Haftung für öffentliche Schulden, also den Beginn einer Vergemeinschaftung der europäischen Staatsfinanzen, und eine aktive Politik der Wiederankurbelung der Wirtschaft auf Gemeinschaftsebene, vorwiegend durch Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und die Umstellung auf einen «grünen Kapitalismus».

Niemand aus der europäischen Führungsschicht will den ersten Weg (zumindest traut sich niemand, das öffentlich zu sagen), doch hat auch niemand den Mut, resolut den zweiten Weg zu beschreiten – das ist der deutlichste Ausdruck für das Fehlen von Hegemonie, von dem zuvor die Rede war. Um aber die Gefahr eines Zerfalls der Eurozone durch einen erklärten Staatsbankrott abzuwenden, musste man sich wohl oder übel auf den zweiten Weg begeben, wenn auch wider Willen und auf eine Art und Weise, die trotz allem auf mittlere Sicht den Ausweg von unten, den man vermeiden wollte, unvermeidlich machen könnte.

Zum einen wurde für einen Teil der Staatsschulden eine Gemeinschaftshaftung eingeführt. Das ist der Sinn der Einrichtung eines Europäischen Finanzstabilisierungsfonds (EFSF), der den Staaten, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten, «zu Hilfe» eilen soll. Sie sollen bei ihm leichter und zu niedrigeren Zinsen Geld aufnehmen können, um ihre vorherigen Schulden zu bezahlen, d. h. um ihre Gläubiger zu bedienen: die Banken, Versicherungen, Investmentfonds etc.

Zum anderen wurde die EZB ermächtigt, öffentliche Anleihen europäischer Staaten, die sich in Zahlungsschwierigkeiten befinden, aufzukaufen – für Griechenland, Irland

und Portugal wurden dafür seit dem Frühjahr 2011 77 Mrd. Euro bereit gestellt, für Spanien und Italien seit Anfang August 2011 22 Mrd. Euro; bis Ende 2011 stieg die Summe auf 180 Mrd. Euro (Moatti 2011). Das verletzt die Satzung der EZB, doch ist sie damit den Gläubigern zu Hilfe gekommen, die solche Anleihen halten, die zum Teil bereits an Wert verloren hatten und die ihre Eigner deshalb los werden wollten; seit Juli 2011 hat auch der EFSF das Recht, solche Anleihen zu kaufen.

Ebenfalls im Widerspruch zu ihrer Satzung hat die EZB begonnen, die Rolle eines «lenders of last resort» zu spielen, indem sie europäische Banken mit reichlich Liquidität ausgestattet hat, um eine Kreditkrise durch Austrocknung des Interbankenmarktes zu verhindern (eine Folge des steigenden Misstrauens der Banken untereinander) und um ihnen zu ermöglichen, den Staaten weiterhin zu niedrigen Zinsen Geld zu leihen. Zweimal hat die EZB jeweils 500 Mrd. Euro auf den Bankenmarkt geworfen: Mitte Dezember 2011 und Ende Februar 2012, ohne dass die zusätzlichen Kreditmittel der lahmen Konjunktur auf die Beine geholfen hätten.

Die Probleme, die mit dieser Art Maßnahmen verbunden sind, und die Grenzen ihrer Wirksamkeit liegen auf der Hand. Sie sind zweifacher Art:

Erstens reichen sie quantitativ nicht. Letzten Endes wird der EFSF nur mit 780 Mrd. Euro ausgestattet sein, das ist nicht viel, wenn es einen größeren Zahlungsausfall geben sollte, selbst wenn man die 250 Mrd. Euro, die der IWF noch bereitstellt, dazu zählt. Die Staatsschulden Griechenlands, Portugals, Irlands, Spaniens, Italiens und Belgiens betragen zusammengenommen 3900 Mrd. Euro und laufen durchschnittlich vier Jahre, das macht pro Jahr einen Finanzierungsbedarf von 975 Mrd. Euro (Duval 2012b).

Zweitens brechen die Maßnahmen an keiner Stelle mit den Grundsätzen und Regeln der neoliberalen Krisenbewältigung, deren oberste Leitlinie die Forderung nach vollständiger Rückzahlung der öffentlichen Anleihen unter sozioökonomisch unveränderten Bedingungen bildet.

Das ist jedoch *erstens* unmöglich. Nur ein Beispiel: Selbst wenn der griechische Staat in der Lage wäre, einen Überschuss seines Primärhaushalts (Einnahmen minus Ausgaben ohne den Schuldendienst) von 6% des Bruttoinlandsprodukts zu erwirtschaften – eine Haushaltsdisziplin, die noch kein Staat je erreicht hat – würden sich nach den eigenen Berechnungen der Troika (EU-Kommission, EZB, IWF) die griechischen Staatsschulden bis zum Jahr 2020 bestenfalls auf 130% des Bruttoinlandsprodukts stabilisieren können – und dennoch müsste Griechenland jedes Jahr 25 Mrd. Euro aufnehmen, um seinen Schuldendienst zu leisten (Duval 2012a)!

Ende 2011 musste deshalb, in Widerspruch zur genannten Leitlinie, etwas mehr als die Hälfte der griechischen Schulden gestrichen werden, um den restlichen Schuldendienst zu retten. Und selbst dieser Rest bleibt untragbar: Am 21. Februar 2012 musste ein neuer Rettungsplan für Griechenland her, damit die Regierung am 20. März 14,5 Mrd. Euro zurückzahlen konnte. Und damit ist das Ende der Fahnenstange nicht erreicht...

Zweitens aber, und vor allem, verschlimmern die vorgeschriebene Haushalts- und Lohnpolitik das Übel, das sie beseitigen sollen. Es ist, als wollte man einen Ersticken retten, indem man ihn noch etwas mehr würgt. Auch hier spricht das griechische Beispiel Bände: Vier Jahre Sparhaushalt, von 2007 bis 2011, haben das Bruttoinlandsprodukt um

15% gesenkt, ein Viertel der Bevölkerung unter die Armutsgrenze gedrückt und die öffentliche Verschuldung verdoppelt.

Die Herabstufung des Ratings von neun Staaten der Eurozone durch Standard & Poor's am 13. Januar 2012 und des EFSF wenige Tage später sollte ein Alarmzeichen sein. Denn hinter den strengeren Haushaltsregeln, die – unter deutschem Druck und in bester ordoliberalen Tradition – durchgesetzt wurden, bis hin zur «goldenen Regel» des Fiskalpakts, wonach das strukturelle Haushaltsdefizit künftig 0,5% des Bruttoinlandsprodukts nicht mehr übersteigen darf, lauert der Schatten einer verallgemeinerten Rezession in Europa mit Tendenz zur Depression – und somit die Gefahr der Explosion der Haushalts- und Staatsschulden mit dem Risiko, dass sie nicht bezahlt werden.

Der ganze Weg ist falsch: Die Ursache des Problems liegt nicht in der öffentlichen Verschuldung, sondern in der Anhäufung privater Schulden – und hinter diesen steckt das Ungleichgewicht in der Aufteilung der Wertschöpfung zwischen Löhnen und Gewinnen, das die neoliberale Politik durchgesetzt hat.

Drittens bricht sich dieser schwache Versuch, den Föderalismus in der EU zu stärken (schwach, weil in Sachen Steuerharmonisierung oder gar gemeinschaftlicher Industriepolitik bislang kein einziger Fortschritt gemacht wurde) und einen «Ausweg von oben» zu finden, am Egoismus der «reichen» und «fleißigen» Staaten (in erster Linie der BRD), die für die «armen» und «faulen» Staaten (Griechenland und Konsortien) nicht zahlen wollen, weshalb sie im Moment noch die Ausgabe europäischer Anleihen (Eurobonds) blockieren.

Er bricht sich aber auch an den Vorrechten der Nationalstaaten, die sich sträuben, weitere Souveränitätsrechte (Haushaltsrechte) abzugeben, und am Widerstand der Bevölkerungen, die auf ihre nationale Selbstbestimmung verzichten sollen zugunsten von europäischen Institutionen, die nicht demokratisch legitimiert sind – ein umso größerer Mangel, als sie nur als Maschine zur Durchsetzung von Haushaltsdiktaten auftreten.

Mit einem Wort: Ein resolutes Eintreten für den föderalen Weg verlangt in Europa eine starke hegemoniale Kraft. Die Staatsschuldenkrise und der neoliberale Umgang damit entziehen ihr aber jede Grundlage.

März 2012

Alain Bihr ist emeritierter Professor der Soziologie an der Universität Franche-Comté in Besançon.

*China und Indien – die zwei größten «aufstrebenden» Staaten – erscheinen in dieser Hinsicht als deutliche Ausnahmen. Doch vielleicht sind sie dies nur scheinbar: Es handelt sich in beiden Fällen um Nationalstaaten von kontinentaler Dimension. Die laufende Reorganisation muss unter diesem Gesichtspunkt geprüft werden, um Systeme von Staaten zu formieren und dabei ihre eigenen, internen administrativen Gliederungen sowie einige ihrer Nachbarn integrieren.

Literatur

Bihr, Alain (2000): *Le crépuscule des Etats-Nations. Transnationalisation et crispations nationalistes*. Lausanne: Page Deux.

Bihr, Alain (2006): *La préhistoire du capital: Le devenir-monde du capitalisme*. Lausanne: Page Deux.

Bihr, Alain (2007): *La novlangue néolibérale: La rhétorique du fétichisme capitaliste*. Lausanne: Page Deux.

- Bihr, Alain (2008a): Sur la crise (2): A la croisée des chemins. *A Contre Courant* 200: 5–12. www.acontrecourant.org/wp-content/uploads/2010/10/acc-200.pdf.
- Bihr, Alain (2008b): Sur la crise (1): Le triomphe catastrophique du néolibéralisme. *A Contre Courant* 199: 5–12. www.acontrecourant.org/wp-content/uploads/2009/02/ACC_199.pdf.
- Bihr, Alain (2010a): Que cache la croissance de la dette publique?. *A Contre Courant* 211: 6–9. www.acontrecourant.org/wp-content/uploads/2010/11/acc-211.pdf.
- Bihr, Alain (2010b): Sur la crise (4): Derrière l'austérité salariale, une nouvelle agression contre le salariat. *A Contre Courant* 218/219: 2–5, 2–5. www.acontrecourant.org/wp-content/uploads/2011/06/acc-218.pdf, www.acontrecourant.org/wp-content/uploads/2011/06/acc-219.pdf.
- Bihr, Alain (2010c): Sur la crise (3): Une victoire à la Pyrrhus. *A Contre Courant* 212: 5–8. www.acontrecourant.org/wp-content/uploads/2010/11/acc-212.pdf.
- Duval, Guillaume (2012a): Grèce: Pourquoi l'incendi est reparti. *Alternatives Economiques* 304: 36–37.
- Duval, Guillaume (2012b): Des traités mal traités. *Alternatives Economiques* 311: 13.
- Husson, Michel (2010a): Le partage de la valeur ajoutée en Europe. *La revue de l'IRES* 64 (1): 47–91.
- Husson, Michel (2010b): Le débat sur le taux de profit. *Inprecor* 562/563: 31–39.
- Lechevalier, Arnaud (2011): Dépenses publiques: La France doit-elle s'aligner sur l'Allemagne?. *Alternatives Economiques* 308: 34.
- Moatti, Sandra (2011): L'Europe fait fausse route. *Alternatives Economiques* 308: 14.
- Wallerstein, Immanuel (2002): *Le capitalisme historique*. 2ème éd. Paris: La Découverte.